



## ***PRESSEMITTEILUNG***

Moisburg, 2. März 2010

### **Pressemitteilung zur Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirksverbandes Lüneburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):**

Am 2.3.2010 fand die einmal jährlich stattfindende Bezirksdelegiertenversammlung des Bezirksverbandes Lüneburg der GEW in der „Empore“ in Buchholz /Nordheide statt. Unter der Leitung der Bezirksvorsitzenden Annegret Sloot aus Moisburg trafen sich 140 Beschäftigte aus allen Bildungseinrichtungen, zumeist Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeiter, die sich mit den aktuellen Entwicklungen im Bildungsbereich auseinandersetzten.

Im Zentrum der Beratungen stand die Auseinandersetzung mit der zunehmenden Privatisierung des staatlichen Schulwesens.

Nach der Privatisierung der Hochschulen und der Teilprivatisierung der Berufsbildenden Schulen wird der Privatisierungsprozess weiter vorangetrieben. Mit den Grundprinzipien der Eigenverantwortlichen Schule wurden die dazu notwendigen Voraussetzungen in Niedersachsen gesetzlich eröffnet. Mit Budgetierung und Output-Steuerung findet ein Deregulierungsprozess im Schulwesen statt, der negative Folgen nach sich zieht: Entdemokratisierung, Konkurrenz, Verschlechterung der Arbeits- und Lernbedingungen sowie eine Reduzierung des Bildungsbegriffes.

Durch die sich noch verschärfende Unterfinanzierung des Bildungswesens wird das staatliche Schulwesen zunehmend unter Druck gesetzt und der Privatisierung Vorschub geleistet.

Vor diesem Hintergrund versuchen private, kirchliche oder andere Träger, Privatschulen zu errichten. So bemüht sich zum Beispiel die evangelische Kirche, in den Landkreisen Rotenburg und Stade Grundschulen zu gründen bzw. zu übernehmen. Die Kirche versucht außerdem an einigen Orten Integrierte Gesamtschulen zu gründen, weil für sie andere gesetzliche Grundlagen gelten als für die staatlichen Schulen. Während diese vor der Neugründung für einen Zeitraum von 14 Jahren genügend Schüler für mindestens fünf Züge nachweisen müssen, gibt es diese Auflagen für private und kirchliche Schulen nicht.

Diese Ungleichbehandlung stieß bei den Delegierten auf Protest.

Im Landkreis Soltau-Fallingb. beantragt die obskure Sekte „Domino servite“ ebenfalls eine Schule zu gründen.

Das Bildungsunternehmen Phorms hat die Versuche einer Schulgründung im Kreis Osterholz inzwischen aufgegeben, weil es z.B. gerade in Hannover Pleite gegangen ist. Sein Ruf ist nahezu ruiniert.

Beworben werden diese Schulen unter anderem mit der Option, bessere Bedingungen hinsichtlich der Zügigkeit oder der Klassenstärke bieten zu können als die staatlichen Schulen.

Die GEW-Delegierten lehnen alle Privatschulen ab, denn sie zielen auf die besser verdienende Klientel und verlangen z.B. Schulgeld. Sie tragen mit dazu bei, die Errungenschaft der gemeinsamen Grundschule infrage zu stellen und die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft zu vertiefen.

Die Abtrennung religiöser Schulen und der Ausbau anderer privater Schulen verstärken die Segregationseffekte und die Benachteiligung von Migranten.

Das einheitliche staatliche Schulwesen hat die wichtige Funktion, Bildung für alle zu ermöglichen und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Dieser Aufgabe wird es durch die Gegliedertheit und durch die systematische Unterfinanzierung immer weniger gerecht. Die Konsequenz daraus darf aber nicht die weitere Zersplitterung und Privatisierung sein, sondern muss eine staatliche, gut ausgestattete und demokratische Schule für alle sein.

Die Delegierten forderten die Landesregierung auf, die gerade getroffenen Sparbeschlüsse für den Kultusbereich aufzuheben. Es müssen alle frei werdenden Stellen im Schulbereich wiederbesetzt werden, auch wenn die Schülerzahlen in den nächsten Jahren zurückgehen. Dies hatte Ministerpräsident Wulff 2007 zugesagt und den Lehrkräften dadurch eine Entlastung z. B. durch die Senkung der Klassenobergrenzen versprochen. Auch hatte er versprochen, die Pensionsgrenze nicht auf 67 anzuheben, was im Lehrerbereich ohnehin niemand erreichen kann. Die Delegierten forderten den GEW-Landesvorstand einstimmig auf, Protestmaßnahmen gegen diesen Wortbruch vorzubereiten.

Begrüßt wurde die Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen im Bezirk. Die Delegierten unterstützen das Volksbegehren für bessere Schulen.

Zum Schluss der Versammlung standen Wahlen an. Für den geschäftsführenden Bezirksvorstand wurden mit großer Mehrheit gewählt:

Cordula Mielke (Bothel) als Schriftführerin, Gundi Müller (Zeven) als Referatsleiterin für Beamten- und Angestelltenrecht, Marianne Müller (Uelzen) und Herbert Renken (Axstedt) für das Referat Allgemein bildende Schulen, Reinhard Ries (Kirchlinteln) als Kassenführer, Christiane Lohe (Tarmstedt) und Uwe Dittmer (Osterholz) als Referatsleiter Gewerkschaftliche Bildung.